

Urnen dicht für Ausländer

Baselbieter Gemeinden dürfen kein Stimmrecht an Ausländer gewähren

Es bleibt dabei: Ausländerinnen und Ausländer dürfen im Baselbiet weiterhin nicht mitentscheiden, wie ihre Steuergelder verwendet werden.

JÜRIG GOHL

Im Baselbiet bleiben die Wahl- und Abstimmungsurnen für ausländische Einwohner weiterhin geschlossen. Diese Leute können erst dann mitbestimmen, was mit ihrem Steuerfranken geschieht, wenn sie den Schweizer Pass erworben haben. Im Landrat wollte gestern die Linke an diesem Prinzip rütteln, doch die bürgerliche Mehrheit, unterstützt von CVP und EVP, bog die Vorstoss von Urs Hintermann, dem Gemeindepräsidenten von Reinach, deutlich.

Hintermann wollte erreichen, dass jede Gemeinde selber bestimmen könne, ob sie ausländische Einwohner in kommunalen Angelegenheiten mitbestimmen lassen wolle. Erstens zählen viele Ausländer heute zu Stützen unserer Wirtschaft und seien auch ohne den roten Pass bereits bestens integriert; zweitens wäre das Stimmrecht auch ein Zeichen des Willkommens und ein Standortvorteil, argumentierte Hintermann erfolglos. Bei der grossen Mobilität

von heute sei es Ausländern oft nicht möglich, sich einbürgern zu lassen.

SVP und FDP sowie Sabine Pegoraro, die zuständige Regierungsrätin, sind aber vehement gegen diese Neuerung. Unter anderem, weil sich das Ausländerstimmrecht nur auf einzelne Gemeinden und nur auf kommunale Angelegenheiten beschränken würde. Die SVP sah sogar schon ausländische Parteien am Ruder. «Erst einbürgern, dann abstimmen», sagten die Gegner kategorisch.

Seite 19

FLUGLÄRM: KEIN GEHÖR

In Sachen Fluglärm sieht der Baselbieter Landrat keinen dringenden Handlungsbedarf. Die Motion der Grünen für eine Erhöhung der Knotenregelung am EuroAirport – was die Zahl der Südanflüge reduzieren würde – wandelt er in ein unverbindliches Postulat um. Gar abgelehnt hat das Parlament das ebenfalls von den Grünen geforderte Flugverbot für Frachtflugzeuge in der Nacht und an Sonntagen. Ein solches Verbot sei kleinkariertes, egoistisches Denken, kritisierten die Gegner aus der rechten Ratshälfte. Erneut prüfen will die Regierung dafür eine Verlängerung der Ost-West-Piste. (BIG) Seite 17

Kommentar

Bestandteil des Alltags



JÜRIG GOHL

Die Gegner des Ausländerstimmrechts und ihre Angst vor dem

Neuen waren gestern im Landrat mächtiger als ihre Argumente. Ihr Slogan «erst einbürgern, dann abstimmen» verfängt jedenfalls nicht, nur weil man ihn fortwährend wiederholt. Richtig überzeugt hat nur eine Überlegung der Gegner: Wenn schon ein Ausländerstimmrecht, dann auf allen Ebenen, nicht nur auf der kommunalen. Und wenn schon ein Ausländerstimmrecht, dann in allen Gemeinden und nicht nur in einzelnen.

Doch bereits hier beginnt das Problem: Eigentlich müsste der Kanton seinen 86 Gemeinden so viel Selbstständigkeit zugestehen, in eigener Regie darüber zu entscheiden, ob sie wirklich alle Steuerzahler mitbestimmen lassen wollen, was mit ihrem Geld geschieht. Jedenfalls hat gestern der Kanton wieder einmal seine Muskeln spielen lassen und einen neuen Beweis dafür geliefert, ausgesprochen zentralistisch zu ticken. «Ja, was hat es Liestal zu kümmern, ob Birsfelden ausländische Miteinwohner beim Bau einer neuen Turnhalle mitbestimmen lässt?», fragte ein Grüner treffend.

Ohne die Probleme im Asylwesen zu bagatellisieren und ohne den Anteil von Ausländern in den Verbrechen- und Raserstatistiken in den Wind zu schlagen, müssen wir erkennen, dass in der heutigen Zeit, in der wir für 99 Euro um die halbe Welt fliegen, Mobilität und eben auch Ausländer zum Alltag gehören. Hochschulen, Chemie, Spitäler hätten ohne sie längst schliessen müssen. Sie sind Bestandteil unseres Lebens. Lassen wir sie das sein – in allen Bereichen.

juerg.gohl@bz-ag.ch